

ängstigte nicht nur die Parteilosen, sondern den größten Teil unserer Genossen. Erst durch die Anwesenheit einiger Mitglieder der Kreisleitung und eines Vertreters des Zentralkomitees wurden die Genossen ermutigt, ihre Kritik auszuüben.

Genosse Otto Schön, Mitglied des Sekretariats des Zentralkomitees, hat in seinem Artikel „Über die Verantwortung der Kreisleitung“ (siehe Beilage in dieser Nummer) mit großem Ernst über die teilweise mangelhafte Arbeit unserer Kreisleitungen, über die Unterschätzung der Rolle und Bedeutung der gewählten Leitung und über die Vernachlässigung in der Heranziehung der Mitglieder der gewählten Leitung an die Arbeit einer Parteiorganisation geschrieben. Er weist darauf hin, daß das schädliche Kooptieren von Leitungsmitgliedern, zum Beispiel im Kreise Osterburg, in den Kreisen Salzwedel, Oschersleben, Harzburg und Weißenfels im strikten Gegensatz zu den Beschlüssen des III. Parteitag steht. Es kommt noch hinzu, daß diese Nichteinhaltung der innerparteilichen Demokratie von vornherein die Tendenz begünstigt, daß solche Leitungen nicht kollektiv arbeiten, beziehungsweise an Stelle der ständigen, geduligen und überzeugenden Arbeit mit den Kadern kommandieren, anordnen, mit Papierchen, statt mit den Menschen arbeiten. Mit vollem Recht kritisiert daher die Genossin Erna Lüdike, Personalleiterin des Reifenwerkes Fürstenwalde, VEB, die falsche Kaderpolitik der Kreisleitung Fürstenwalde.

Die Sekretärin des Kulturdirektors des Reifenwerkes, seinerzeit die einzige Genossin im Sekretariat der Werksleitung, sollte auf Grund ihrer Fähigkeiten für das Reifenwerk als Kulturreferentin entwickelt werden. Da die Kreisleitung eine Stenotypistin brauchte, zog sie diese Genossin ohne Beratung mit der Parteiorganisation für diese Arbeit ab. In einem anderen Fall lautete die typisch bürokratische Antwort des Genossen Grünberg von der Kreisleitung auf den Hinweis, daß eine weitere Stenotypistin zur Übergabe ihrer Arbeit wenigstens noch einige Tage im Betrieb verbleiben müßte: „Wir brauchen die Genossin heute, alles andere interessiert uns nicht.“ Der krassste Fall eines diktatorischen Kommandierens durch die übergeordnete Leitung ist der des Genossen Jaster, der seit Oktober 1949 im TAN-Büro des Reifenwerkes beschäftigt ist. Genosse Jaster, gelernter Dreher, hat sich im Laufe der Jahre ein ausgezeichnetes Fachwissen der gummibearbeitenden Industrie angeeignet und war verantwortlich für die TAN-Arbeit in einer der Hauptproduktionsabteilungen des Betriebes. Die Betriebsparteiorganisation und die Werksleitung hatte vorgesehen, den Genossen Jaster nach dem Besuch der Kreisparteienschule zum Betriebsassistenten, beziehungs-

weise zum technischen Leiter zu entwickeln. In der Zeit seines Schulbesuches beschloß jedoch die Landesleitung Brandenburg, diesen Genossen als Leiter der Betriebsparteischule des Kalk- und Zementwerkes Rüdersdorf einzusetzen. Zur gleichen Zeit wurde jedoch im Reifenwerk ebenfalls eine Betriebsparteischule eingerichtet, für die ein neuer Genosse von außerhalb als Lehrer eingesetzt wurde. Die Betriebsparteileitung und die Werksleitung wurden einfach vor vollendete Tatsachen gestellt. Genosse Jaster, der persönlich seine Zustimmung zu dem Vorschlag der Landesleitung gab, um nicht in den falschen Verdacht zu geraten, als nicht klassen- und parteiverbundener Karrierist zu gelten, sitzt also jetzt seit einem Vierteljahr in Rüdersdorf, ist nicht glücklich in seiner Arbeit und fühlt sich am falschen Platz. Das Reifenwerk hat einen der besten Nachwuchskräfte verloren, der obendrein noch aus einer begonnenen Entwicklung herausgerissen wurde.

Wir sind der Auffassung, daß in diesen Fällen der Hinweis in der Entschließung des III. Parteitages:

„Eine operative Anleitung der Parteiarbeit ist undenkbar ohne die unbedingte Anerkennung und Durchführung der Beschlüsse und Direktiven der Parteileitungen. Die Partei kann ihre Aufgabe nicht erfüllen ohne straffe Parteidisziplin.“⁴⁾

von den angesprochenen Genossen recht einseitig ausgelegt wird und unter manches Mal recht überheblichen Diktatorenallüren das Grundgesetz unseres innerparteilichen Lebens, die innerparteiliche Demokratie, sträflich verletzt wird.

Diesen Genossen sei noch einmal in Erinnerung gerufen, was in der Einleitung zu unserem Statut unterstrichen wird:

„Die Partei ist eine einheitliche Kampforganisation. In ihr herrscht eine für alle Parteimitglieder in gleicher Weise verbindliche Disziplin. Kritik und Selbstkritik ist ein Entwicklungsgesetz der Partei. Die Stärke der Partei liegt in ihrer Geschlossenheit, in der Einheit des Willens und der Einheit des Handelns, die unvereinbar sind mit Abweichungen von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und dem Statut der Partei, mit der Verletzung der Parteidisziplin, mit der Beteiligung an fraktionellen Gruppierungen, mit der Doppelzüngerei. Die Partei entfernt aus ihren Reihen Personen, die das Statut, die Beschlüsse sowie die Disziplin der Partei verletzen.“⁵⁾

⁴⁾ Entschließung des III. Parteitages, Dietz Verlag 1950, Beschlüsse und Dokumente, Seite 62.

⁵⁾ Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Dietz Verlag 1950, Beschlüsse und Dokumente, Seite 97.

Das Kreissekretariat Bert in - Reinickendorf überwindet sektiererische Auffassungen und schafft die Voraussetzung zur Herstellung der Aktionseinheit

Auf der Sitzung der Landesleitung der SED, Groß-Berlin, am 22. und 23. Juni, stellte Genosse Hans Jendretzky, 1. Sekretär der Landesleitung Groß-Berlin, in seinem Referat unter anderem fest, daß die Entfaltung der Aktionseinheit mit den sozialdemokratischen Genossen und den DGB-Kollegen in den Betrieben oftmals durch die sektiererische Einstellung einiger Funktionäre und Mitglieder verhindert wird. Als Beispiel einer solchen sektiererischen Einstellung führte Genosse Jendretzky einen Beschluß des Westberliner-Kreissekretariats Reinickendorf zur Verbesserung der Arbeit in dem Betrieb H. an.

In diesem Beschluß des Kreissekretariats wurde festgestellt, daß in dem Betrieb H. einige DGB-Kollegen besonders aggressiv gegen diejenigen Kollegen auf treten, die für die Herstellung der Aktionseinheit sind. Die Mitglieder des Kreissekretariats Reinickendorf verlangten von unse-

ren Genossen in dem Betrieb, daß diese mit administrativen Maßnahmen versuchen sollten, diese DGB-Kollegen aus dem Betrieb zu entfernen. Darüber hinaus wurde dann die Aufgabe gestellt, mit den anderen Kollegen die Aktionseinheit zu verbreitern und zu vertiefen. Für die Durchführung dieses Beschlusses wurden eine Reihe organisatorischer Maßnahmen festgelegt.

Warum ist dieser Sekretariatsbeschluß falsch?

In diesem Beschluß wurde von vornherein darauf verzichtet, mit allen Kollegen die Aktionseinheit herzustellen. Man versuchte nicht, alle Kollegen, einschließlich der aggressiv gegen die Aktionseinheit auftretenden DGB-Kollegen, von der politischen Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Arbeiter im Kampf für den Frieden, im Kampf gegen die Verschlechterung des Lebensstandards